

Stadt Krefeld und IHK informieren Regionalratsmitglieder



© IHK

Die Flächenreserven in Krefeld werden laut Eckart Preen, Geschäftsführer der Wirtschaftsförderung (WFG) Krefeld, innerhalb der kommenden fünf Jahre zur Neige gehen. Dann kann man ansiedlungswilligen Unternehmen keine adäquaten Flächen mehr anbieten. Keine Neuansiedlungen, keine Expansionen, keine neuen Arbeitsplätze wären die Folge. Und der Entwurf des Regionalplans verspricht in diesem Zusammenhang nichts Gutes. Bei einem Besuch in Krefeld erfuhren die CDU-Fraktion im Regionalrat und Mitglieder von FDP, UWG sowie den Freien Wählern NRW, dass der Gewerbeflächenbedarf Krefelds nicht genügend, das geplante interkommunale Gewerbegebiet mit der Stadt Meerbusch nur unzureichend und die erforderliche Erweiterung des Krefelder Hafens gar nicht berücksichtigt werden. Die Regionalratsmitglieder, die letztlich mit über den Regionalplan entscheiden, wurden von Vertretern der Industrie- und Handelskammer (IHK) Mittlerer Niederrhein und der Stadt informiert.

Eine Bustour führte die Politiker unter anderem zu den Gewerbegebieten Werkkontor, LOGWERK, Logistik-Park Krefeld-Süd und Europark Fichtenhain sowie Uerdingen-Nord. „Seit 2009 haben wir knapp 120.000 qm Flächen allein in Uerdingen-Nord und dem Europark Fichtenhain verkauft; die privaten Eigentümer der Flächen westlich der Oberschlesienstraße haben gar über 600.000 qm für Logistik-ansiedlungen vermarktet“, informierte Preen. „Wo es geht und wirtschaftlich umsetzbar ist, entwickeln wir zusätzlich aus dem Bestand heraus.“ Aber alleine durch die Revitalisierung könne man die Nachfrage nicht bedienen. Schon jetzt müsse man ansiedlungswillige Unternehmen ziehen lassen. „Und das tut weh“, betonte der Wirtschaftsförderer.

IHK-Hauptgeschäftsführer Dr. Dieter Porschen erläuterte die wirtschaftliche Situation Krefelds. „Die Flächen gehen gut weg. Das hilft, den Beschäftigtenabbau zu kompensieren.“ Allerdings reiche dies nicht aus, um den industriellen Strukturwandel zu meistern, der seit 1990 mit einem Abbau von 14.000 Arbeitsplätzen einhergegangen ist. „Wenn man die Arbeitslosigkeit bekämpfen, die Überschwappeffekte aus Düsseldorf nutzen und weitere Logistikdienstleister ansiedeln will, dann braucht Krefeld 250 Hektar verfügbare Gewerbeflächen“, sagte Porschen. In Mönchengladbach habe die Ausrichtung auf Logistik dafür gesorgt, dass an die 1.000 Langzeitarbeitslosen eine Stelle gefunden haben. Das entlaste den kommunalen Haushalt und trage zur Integration von Menschen bei, die es auf dem Arbeitsmarkt schwer hätten. „Wer das interkommunale Gewerbegebiet Krefeld/Meerbusch als den Top-Standort nicht entwickelt, macht einen Riesenfehler“, warnte der IHK-Hauptgeschäftsführer.

Der Entwurf des Regionalplans sieht für dieses interkommunale Gewerbegebiet Flächen nur auf Meerbuscher Seite vor. Das trifft bei den Planungs- und Wirtschaftsexperten in Krefeld auf Unverständnis. „Wichtig für die erfolgreiche Entwicklung ist die Partnerschaft auf Augenhöhe. Dabei ist die Parität zwischen Meerbusch und Krefeld oberstes Gebot“, erklärte Martin Linne, Planungsdezernent der Stadt Krefeld. „Flächen für jede Branche anbieten zu können, ist neben der Gesamtgröße von großer Bedeutung für eine überregionale Vermarktung.“ Während das Thema Logistik und operierendes Gewerbe für Meerbusch keine Rolle spiele, halte man in Krefeld die Ansiedlung auch von Logistikern an der A44 in Anteilen für denkbar und sinnvoll – auch wegen der Nähe zum Hafen. Deshalb müssten Areale unbedingt in Meerbusch und Krefeld ausgewiesen werden. Zudem habe der im Jahr 2014 abgeschlossene Flächennutzungsplanprozess deutlich gezeigt, dass es in Krefeld keine sonstigen großflächigen Entwicklungspotenziale mehr gibt.

Eng wird es auch im Hafen. „Wenn in absehbarer Zeit die drei aktuellen Neuansiedlungen umgesetzt sind, haben wir im Hafengebiet keine größeren Flächen mehr“, erklärte Andreas Hamm von der Neuss- Düsseldorf Häfen GmbH & Co. KG. „Der öffentliche Binnenhafen in Krefeld hat eine regionale Funktion und steht auch den umliegenden Kommunen als logistische Drehscheibe zur Verfügung“, betonte er. Naheliegender sei eine gemeinsame Flächenentwicklung mit der Stadt Meerbusch. Hamm plädierte dafür, zunächst einen Sondierungsbereich in den Regionalplan einzutragen. Dies würde die Möglichkeit bieten, mit den Partnern ergebnisoffen an dem Thema weiterzuarbeiten.

Manfred Läckes, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der CDU im Regionalrat und Ratsherr der Stadt Krefeld, bedankte sich für die Informationen. „Auf Plänen sieht das immer alles ganz prima aus. In der Realität ist es dann oftmals anders. Deshalb waren diese Einblicke für uns sehr interessant und wichtig.“ Er sei froh, dass man sich vor Ort habe informieren können, ergänzte der CDU-Fraktionsvorsitzende Hans-Hugo Papen: „Mit der Entscheidung über den Regionalplan schaffen wir die Voraussetzungen für Entwicklung der nächsten 20 Jahre. Das erfordert Sorgfalt. Für Krefeld haben wir jetzt ein genaues Bild.“

Ansprechpartner

Carmen Granderath

Telefon: +49 2151 635-357

Telefax: +49 2151 635-44357

E-Mail: granderath@mittlerer-niederrhein.ihk.de

Nordwall 39

47798 Krefeld

Dokument-Infos

Webcode: 11004

Ausdrucksdatum: 16.10.2019